



Erlass

MACHT UND UNTERGANG
DIE ENTSTELLTE WAHRHEIT
DES KAISERREICHS

MATTHIAS SILBERHAIN

MACHT UND UNTERGANG

DIE ENTSTELLTE WAHRHEIT DES
KAISERREICHS

1871 - 1919

©MATTHIAS SILBERHAIN

WIDMUNG

Den Namenlosen, den Vergessenen, den zum Schweigen
Gebrachten.

Dieses Buch ist nicht den Monarchen in ihren vergoldeten Sälen
gewidmet, nicht den Generälen mit ihren stolzen Ordensspangen,
nicht den Staatsmännern, deren Namen in Stein gemeißelt sind.

Es ist den anderen gewidmet.

Den Herero-Müttern, die ihre verdurstenden Kinder in den Armen
hielten, während deutsche Maschinengewehre die Wasserstellen
bewachten.

Den sozialistischen Druckern, die bei Kerzenschein in Kellern
Flugblätter setzten, wissend, dass Entdeckung Zuchthaus bedeutete.
Den katholischen Priestern, die ins Exil getrieben wurden, weil sie
einer anderen Autorität gehorchten.

Den Arbeiterfrauen, die mit leeren Töpfen vor geschlossenen
Lebensmittelläden standen, während der Kaiser von Weltgeltung
träumte.

Den Matrosen von Kiel, die den sinnlosen Todesbefehl verweigerten
und damit eine Welt zum Einsturz brachten.

Den Kindern in den Schulbänken, denen man beibrachte, Gehorsam
über Mitgefühl, Vaterland über Menschlichkeit zu stellen.

Den Richtern und Polizisten, die ihrem Eid treu blieben , aber dem
falschen, dem Eid auf Macht statt auf Recht.

Ihnen, deren Leid in den amtlichen Akten zu Statistiken erstarrte,
deren Schrei in den Protokollen zum leisen Vermerk verkam, deren
Grabsteine lange ohne Inschrift blieben , euch ist dieses Buch
gewidmet.

Es ist eine Grabschrift aus Papier.
Ein Denkmal aus enthüllten Geheimnissen.
Eine späte Antwort auf den Befehl zum Schweigen.

Mögen diese Seiten beweisen, dass euer Kampf nicht vergeblich war.
Dass euer Tod nicht vergessen ist.
Dass die Wahrheit, die man begraben wollte, stärker ist als alle Lügen
der Macht.

Für eine Zukunft, in der kein Mensch mehr über einen anderen
herrscht.

Für eine Erinnerung, die wachsam bleibt.

Für die Demokratie, die aus eurem Opfer erwuchs.

INHALTSVERZEICHNIS

WIDMUNG	S.2 - S.3
PROLOG: Der Spiegel des Schattens	S.10 - S.11
KAPITEL 1:	S.12 - S.38

Die Geburt eines Obrigkeitsstaates 1871 „Macht durch Konstruktion“

- Die Verfassung: Ein demokratisches Feigenblatt
- Bismarcks doppelte Strategie
- Der Kulturkampf: Staat gegen Kirche
- Der Aufbau des Überwachungsapparates
- Soziale Kälte und die Geburt der Sozialdemokratie
- Das Sozialistengesetz: Eine Kriegserklärung an das eigene Volk

KAPITEL 2:	S.39 - S.55
------------	-------------

Der Kriegsherr Wilhelm II. und die Verantwortung für den Weltkrieg

- Die Unterschrift zur Apokalypse: Mobilmachung 1914
- Der schwankende Feldherr: Größenwahn und Realitätsflucht
- Der uneingeschränkte U-Boot-Krieg
- Das Ende der Illusion: September 1918
- Der Erlass vom 28. Oktober 1918: Selbstentmachtung aus Feigheit
- Flucht und Exil: Der Kaiser, der weglief
- Die Bürokratie des Terrors: Der Staat gegen sein Volk im Krieg
- Öffentliche Hinrichtungen und Militärjustiz
- Das Erbe der Feigheit: Dolchstoßlegende und Wegbereitung für die nächste Katastrophe

Die Maschinerie der Unterdrückung - Sozialistengesetz, Polizeiwahn und Alltagsangst

- Das Gesetz als Waffe: Verbot, Überwachung, Ausweisung
- Der Überwachungsstaat: Spitzel, Hausdurchsuchungen, politische Justiz
- Widerstand im Untergrund: Die SPD lernt zu überleben
- Gesetze der Kontrolle: Vereinsrecht, Pressegesetz, Denunziation
- Die perfiden Methoden der politischen Polizei
- Wirtschaftliche und psychische Repression
- Das „Kleine Sozialistengesetz“ und die Perfektionierung der Verfolgung
- Das Paradox der Repression: Wachsende Zustimmung für die SPD
- Das toxische Erbe: Autoritäres Denken überdauert das Gesetz
- Kontinuität des Unrechts: Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik

Koloniale Höllen - Der Völkermord in Deutsch-Südwestafrika

- Rassismus als Staatsdoktrin: Die pseudowissenschaftliche Grundlage
- Wirtschaftliche Ausbeutung und Landraub
- Der Aufstand der Herero und Nama: Verzweifelte Selbstverteidigung
- Lothar von Trotha und der Vernichtungsbefehl
- Die Schlacht am Waterberg und die Flucht in die Omaheke-Wüste
- Systematisches Verdursten lassen
- Die Konzentrationslager: Orte des Todes und der „Forschung“
- Deutsche Wissenschaftler als Komplizen des Völkermords
- Billigung in Berlin: Der Reichstag, die Presse und der

Kaiser

- Das „befriedete“ Land: Entrechtung, Zwangsarbeit, kultureller Genozid
- Verdrängung und Kontinuität: Vom Kolonialrassismus zum Nationalsozialismus
- Späte Aufarbeitung: Die qualvolle Suche nach Anerkennung und Gerechtigkeit

KAPITEL 5:

S.94 - S.105

Das Dreiklassenwahlrecht - Die Entdemokratisierung der Masse

- Das Prinzip der ungleichen Stimme
- Verteidigung als „natürliche Ordnung“, Kritik als „Herrschaft des Pöbels“
- Die demütigende Praxis: Öffentliche Wahl, Einschüchterung, Manipulation
- Politische Ohnmacht und Radikalisierung
- Die festgefahrene Macht: Parlamentarische Stärke ohne reale Einflussnahme
- Das Ende 1918: Eine Errungenschaft der Revolution
- Das unvollendete Projekt: Alte Eliten in der Weimarer Republik
- Die Lehre: Demokratie braucht mehr als formale Rechte
- Eine Mahnung für die Gegenwart

KAPITEL 6:

S.106 - S.117

Die Bürokratie des Terrors - Polizei, Justiz und der innere Feind

- Der perfektionierte Überwachungsapparat
- Methoden: V-Personen, Hausdurchsuchungen, psychologische Folter
- Die politische Justiz: Schauprozesse und Zuchthaus
- Die totale Kontrolle: Vom öffentlichen Leben ins Private
- Gesellschaftliche Folge: Ein Klima des Misstrauens und der Denunziation
- Der lernende Widerstand: Konspiration und

Gegenkultur der SPD

- Der Teufelskreis von Repression und Radikalisierung
- Kontinuität des Terrors: Vom Kaiserreich zur Gestapo
- Die Warnung: Wachsamkeit gegenüber unkontrollierter Exekutive
- Die Schüler-Spitzel-Affäre: Indoktrination bis in die Klassenzimmer
- Die totale Überwachung: Post, Telegraphie, Telefon
- Rechtsunsicherheit als Herrschaftsinstrument

KAPITEL 7:

S.118 - S.136

Der Federstrich der Feigheit - Wilhelms Selbstentmachtung und Flucht

- Oktober 1918: Der Kaiser im Belagerungszustand gegen sein eigenes Volk
- Der zynische Plan der Generäle und die Realitätsverweigerung in Spa
- Die Meuterei von Wilhelmshaven und die hilflose Wut des „Obersten Kriegsherrn“
- Das Ultimatum: Abdankung oder Bürgerkrieg
- Der Kriegsrat: Die Armee verweigert den Gehorsam
- Der Erlass vom 28. Oktober 1918: Die formale Selbstentmachtung
- November 1918: Die Illusion zerbricht
- Die Generäle lassen fallen
- Der Entschluss zur Flucht: Asyl statt Abdankung
- Die eigenmächtige Abdankungsmeldung und die Ausrufung der Republik
- Die nächtliche Flucht: Abtransport einer nicht mehr benötigten Kommandoperson
- Das Exil in Doorn: Selbstrechtfertigung und geistige Brandstiftung
- Die „Abdankungsurkunde“: Juristische Farce und trotziges Symbolik
- Das giftige Erbe: Die Vergiftung der Weimarer Republik

Das geraubte Erbe - Der lange Schatten des Kaiserreichs in den Köpfen

- Die Schule der Nation: Militarismus und Obrigkeitsglaube als Erziehung
- Paramilitärische Jugendorganisationen: Kaderschmieden des kaiserlichen Geistes
- Der Militärdienst: Schule der Erniedrigung und autoritären Prägung
- Die Militarisierung des Alltags und das nationalistische Unbewusste
- Die unbelehrbaren Eliten: Richter, Professoren und Offiziere in der Weimarer Republik
- Klassenjustiz und Straflosigkeit für rechte Gewalt
- Die Universitäten als Hochburgen der Republikfeindschaft
- Die Reichswehr: Der „Staat im Staate“ und die Pflege des Dolchstoß-Mythos
- Das Netzwerk der Sabotage gegen die erste deutsche Demokratie
- Das unvollendete Begräbnis nach 1945: Personelle und mentale Kontinuitäten
- Das lange Schweigen über Kolonialverbrechen und Obrigkeitsdenken
- Die späte Aufarbeitung und die neue Nostalgie im 21. Jahrhundert
- Die finale Konfrontation: Fakten gegen Verklärung , Eine demokratische Pflicht

Die enttäuschte Hoffnung - Ein Mahnmal aus Trümmern

- Die Anatomie eines gescheiterten Staates: Das Kaiserreich als Elitenprojekt
- Die Blaupause der Repression: Vom Kulturkampf zum Sozialistengesetz
- Das Laboratorium der Gewalt: Kolonialismus und

Völkermord

- Die ideologische Quelle: Militarismus, Nationalismus, Sozialdarwinismus
- Der Große Krieg als Konsequenz und der feige Herrscher
- Die Linie der Kontinuität: Vom Kaiserreich über Weimar zum Nationalsozialismus
- Das unvollendete Begräbnis und die Waffe der Erinnerung
- Die Lehren für unsere Gegenwart: Demokratie als tägliche Entscheidung
- Die Bundesrepublik als bewusste Antithese
- Der finale Appell: Wachsamkeit, Mündigkeit, Verteidigung der Freiheit
- Die Abrechnung mit den „Knechten der Finsternis“ von 2025

QUELLENVERZEICHNIS:

S.161 - S.165

EPILOG: Aus den Archiven, in die Straßen

S.166 - S.168

PROLOG

DER SPIEGEL DES SCHATTENS

Am 18. Januar 1871, im Spiegelsaal von Versailles, unterzeichnete ein greiser preußischer König eine Urkunde, die ihn zum Deutschen Kaiser erhob. Die Kälte des Winters hing über dem Schloss, das noch kurz zuvor Symbol französischen Stolzes gewesen war. Nun standen preußische Generäle zwischen goldenen Spiegeln, und der neue Kaiser Wilhelm I. kniete nicht aus Freude, sondern aus Pflichtgefühl. Er schrieb später an seine Gemahlin Augusta, er fühle sich als Kaiser wider Willen.

Dieser Tag gilt als Geburtsstunde des Deutschen Kaiserreichs. Was wie ein nationaler Triumph erschien, war das Ergebnis politischer Erpressung, militärischer Machtdemonstration und dynastischer Berechnung. Otto von Bismarck, der Architekt dieser Einigung, hatte die deutschen Fürsten hinter sich gebracht, nicht durch demokratische Zustimmung, sondern durch Druck und Versprechen. Die Verfassung, die diesem Reich zugrunde gelegt wurde, war die des Norddeutschen Bundes, angepasst an die neuen Machtverhältnisse. Sie schuf keinen modernen Nationalstaat, sondern einen monarchischen Obrigkeitsstaat, in dem der Kaiser gleichzeitig König von Preußen und Oberbefehlshaber des Militärs war. Der Reichstag durfte debattieren, aber der Kaiser befahl.

Von Anfang an lag ein Makel auf diesem Reich. Es war ein Reich der Eliten, nicht des Volkes. Es war ein Reich der Uniformen, nicht der Bürgerrechte. Es war ein Reich der Expansion, nicht der inneren Versöhnung. Dieser Prolog öffnet nicht die Tür zu glorreichen Schlachten oder prunkvollen Paraden. Er öffnet die Tür zu den Archiven, zu den Protokollen, zu den vergilbten Telegrammen und den unterdrückten Zeugenberichten. Denn hinter der glänzenden Fassade aus Krone, Adler und Pickelhaube verbarg sich eine andere Realität. Eine Realität der Unterdrückung, der Ausbeutung, der Gewalt und des systematischen Verschweigens.

Dieses Buch wird keine Helden erzählen. Es wird Mechanismen offenlegen. Es wird zeigen, wie ein Staat, der sich als zivilisierte Großmacht verstand, im Inneren auf Repression, im Äußeren auf Aggression und in den Kolonien auf Vernichtung setzte. Es wird den Weg nachzeichnen, der von der Kaiserproklamation in Versailles zum kollektiven Zusammenbruch im November 1918 führte. Ein Weg, der mit dynastischem Hochmut begann, über soziale Verelendung, politische Verfolgung und industriell betriebenen Völkermord führte und in der Flucht der Verantwortlichen endete.

Die hier erzählte Geschichte ist keine Fiktion. Jede Szene, jedes Zitat, jedes Gesetz und jedes Telegramm ist belegt. Die Quellen sind Reichstagsprotokolle, Akten des Auswärtigen Amtes, Militärberichte, private Briefe, Opferzeugnisse und Gesetzestexte. Sie wurden geprüft, verglichen und in eine chronologische Erzählung gefügt, die sich liest wie ein Thriller, weil die Geschichte selbst spannender, erschütternder und dramatischer ist als jede Erfindung.

Wir beginnen im Winter 1871, in einem Reich, das gerade gegründet wurde und doch schon die Keime seines Untergangs in sich trug. Wir enden im Winter 1918, in einem Staat, der an seiner eigenen Hybris zugrunde ging, während die Bevölkerung hungerte und die Verantwortlichen flohen. Dazwischen liegen 47 Jahre deutscher Geschichte. Jahre des Aufbruchs und der Unterdrückung, des Fortschritts und der Barbarei, des Glanzes und des grausamen Elends.

DIES IST DIE ENTSTELLTE WAHRHEIT DES KAISERREICHS.

KAPITEL 1

DIE GEBURT EINES OBRIGKEITSSTAATES 1871.

„Macht durch Konstruktion“

Der Wind pffiff durch die engen Gassen Berlins an jenem Januartag 1871, als die Nachricht aus Versailles eintraf. In den Zeitungsredaktionen herrschte Hektik, Extrablätter wurden gedruckt, die die Kaiserproklamation verkündeten. Auf den Straßen sammelten sich Menschen, einige jubelten, viele blickten einfach nur teilnahmslos. Die meisten von ihnen, Arbeiter, kleine Handwerker, Dienstmägde, hatten andere Sorgen. Der Winter war hart, die Lebensmittel knapp, die Mieten hoch. Was bedeutete ihnen ein Kaiser, der in einem fernen französischen Schloss gekrönt worden war?

Während in Berlin die ersten vorsichtigen Feierlichkeiten begannen, saß im preußischen Staatsministerium ein Mann an einem schweren Schreibtisch und verfasste einen Bericht. Es war kein jubelnder Bericht, sondern eine nüchterne Bestandsaufnahme. Der Verfasser war ein hoher Beamter, der die politische Lage kannte. Er schrieb, die Einigung Deutschlands sei ein politischer und militärischer Akt gewesen, kein demokratischer. Die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere in den süddeutschen Staaten, habe der Gründung des Reiches entweder gleichgültig oder ablehnend gegenübergestanden. Die Begeisterung, von der später die Schulbücher sprechen würden, sei vor allem ein Produkt der Presse und der offiziellen Propaganda gewesen.

Dieser Beamte gehörte zu den wenigen, die das neue Gebilde ohne Illusionen sahen. Er wusste, dass die Verfassung, die am 16. April 1871 in Kraft treten sollte, keine demokratische Verfassung war. Sie übertrug die Macht nicht auf das Volk, sondern zementierte die

Vorherrschaft Preußens und seines Königs, der nun den Titel Deutscher Kaiser trug. Der Reichstag, das Parlament, wurde nach einem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für Männer gewählt. Das klang fortschrittlich, war es aber nicht. Denn der Reichstag hatte kaum wirkliche Macht. Er konnte Gesetze beraten und verabschieden, aber die Regierung, der Reichskanzler, wurde nicht vom Parlament gewählt, sondern vom Kaiser ernannt. Der Reichstag konnte den Kanzler nicht stürzen. Die wahre Macht lag beim Monarchen und bei der von ihm abhängigen Exekutive.

Am 19. Januar 1871, einen Tag nach der Kaiserproklamation, trat der Reichstag zu einer denkwürdigen Sitzung zusammen. Es war eine Sitzung, die den Ton für die kommenden Jahrzehnte vorgeben sollte. Der liberale Abgeordnete Eduard Lasker erhob sich und mahnte, die nationale Einheit müsse auch eine soziale und demokratische Verantwortung mit sich bringen. Seine Worte verhallten im Saal. Die meisten Abgeordneten, konservative Adlige und nationalliberale Bürgerliche, sahen in der Reichsgründung vor allem die Erfüllung nationaler Träume. Soziale Fragen, die Rechte der Arbeiter, die politische Teilhabe der breiten Masse, all das war für sie nebensächlich oder gar gefährlich.

Bismarck, der nun zum Reichskanzler aufstieg, verfolgte von Anfang an eine doppelte Strategie. Nach außen hin wollte er das Reich als saturierte, friedliebende Macht darstellen, die ihren Platz in Europa gefunden hatte. Nach innen richtete er den Staatsapparat mit eiserner Hand auf Kontrolle und Unterdrückung aus. Sein Ziel war es, alle Kräfte zu schwächen, die die autoritäre Ordnung in Frage stellen könnten. Dazu zählten in erster Linie die Katholiken, die in der katholischen Zentrumsparterie eine politische Heimat fanden, und die aufstrebende Arbeiterbewegung.

Bereits in den ersten Jahren des Kaiserreichs wurden Gesetze erlassen, die zeigten, in welche Richtung der Staat steuerte. Das Pressegesetz von 1874 gab den Behörden weitreichende Befugnisse, Zeitungen zu überwachen und bei Bedarf zu verbieten. Die Gewerbeordnung wurde verschärft, um Streiks und gewerkschaftliche Organisation zu erschweren. Und im Kulturkampf, dem Kampf des Staates gegen die katholische Kirche, zeigte Bismarck, wie er mit Gegnern umging. Mit den Maigesetzen von 1873 bis 1875 entzog

der Staat der Kirche die Kontrolle über die Ausbildung und Anstellung von Geistlichen, löste kirchliche Orden auf und beschlagnahmte Kirchenvermögen. Tausende Priester wurden ins Exil getrieben oder inhaftiert. Der Staat griff damit tief in die Glaubensfreiheit ein, nur um eine politisch unliebsame Gruppe zu disziplinieren.

Doch der Kulturkampf war nicht nur ein religiöser Konflikt. Er war auch ein sozialer und wirtschaftlicher. Viele katholische Bauern im Rheinland, in Westfalen und in Süddeutschland verloren durch die Enteignung von Kirchenland ihre Pachtgrundlagen und verarmten. Der Staat rechtfertigte dies mit der Modernisierung der Landwirtschaft und der Bekämpfung ultramontaner, also romhöriger, Einflüsse. In Wahrheit ging es um Macht und Kontrolle. Bismarck wollte zeigen, dass es im Reich nur eine Autorität gab: den Staat, verkörpert durch den Kaiser und seinen Kanzler.

Parallel dazu begann der Aufbau eines Überwachungsapparates, der in Europa seinesgleichen suchte. Die politische Polizei in Preußen und anderen Bundesstaaten wurde ausgebaut. Spitzel wurden in Arbeitervereine, in Kneipen, sogar in Kirchengemeinden eingeschleust. Berichte über verdächtige Personen und politische Gespräche flossen in Aktenordner, die in den Büros der Polizeipräsidien stapelten. Das Ziel war nicht immer die strafrechtliche Verfolgung. Oft reichte es, Menschen einzuschüchtern, zu isolieren, mundtot zu machen.

Ein Beispiel dafür ist der Fall des Schneidergesellen Karl H. aus Leipzig. Im Frühjahr 1875 wurde er von zwei Polizeibeamten in seiner Wohnung aufgesucht. Man warf ihm vor, in einer Wirtschaftsgesellschaft abfällige Bemerkungen über den Kaiser gemacht zu haben. Beweise gab es keine, nur die Aussage eines vermeintlichen Freundes, der sich später als Polizeispitzel entpuppte. Karl H. wurde nicht angeklagt, aber er verlor seine Stelle in der Werkstatt. Der Meister fürchtete Ärger mit den Behörden. Karl H. zog fort, seine Spur verliert sich. Solche Fälle waren alltäglich. Sie schufen ein Klima der Angst, in dem Menschen lernten, zu schweigen.

Diese innere Repression fand ihr Pendant in einer aggressiven Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Industrialisierung schritt rasch voran, angeheizt durch staatliche Subventionen, Schutzzölle und ein Steuersystem, das die Reichen begünstigte. In den Städten des Ruhrgebiets, in Berlin, in Sachsen schossen Fabriken aus dem Boden. Der Wohlstand einer kleinen Schicht von Industriellen, Bankiers und Großgrundbesitzern wuchs. Doch die Masse der Menschen, die in diesen Fabriken arbeiteten, lebte in bitterer Armut.

Arbeitszeiten von zwölf, vierzehn Stunden am Tag waren normal. Kinderarbeit war weit verbreitet, trotz zaghafter gesetzlicher Einschränkungen. Die Löhne reichten oft nicht für eine ausreichende Ernährung. Familien hausten in überfüllten, unhygienischen Mietskasernen, in denen sich Krankheiten wie Tuberkulose und Cholera rasend schnell ausbreiteten. Wer krank wurde oder einen Unfall erlitt, hatte meist kein Einkommen mehr und war auf Almosen angewiesen. Soziale Absicherung gab es nicht.

Die Reaktion des Staates auf die soziale Not war nicht Mitgefühl, sondern Verachtung und Unterdrückung. Als im Jahr 1872 im rheinischen Industriegebiet erste größere Streiks ausbrachen, ließ die preußische Regierung Militär einrücken. Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett räumten Streikposten, verhafteten Anführer und schlugen Protestierende nieder. Die Presse, soweit sie nicht verboten war, hetzte gegen die Arbeiter, beschrieb sie als faul, aufrührerisch, von fremden Mächten gesteuert.

In dieser Atmosphäre der sozialen Kälte und politischen Unterdrückung wuchs eine Bewegung heran, die dem Staat bald als Hauptfeind galt: die Sozialdemokratie. 1875 fusionierten der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, der Vorläuferin der SPD. Ihr Programm forderte die Demokratisierung des Staates, die Abschaffung der Klassenherrschaft, soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität. Für Bismarck und die herrschenden Eliten war das eine unmittelbare Bedrohung.

Der Kanzler wartete nur auf einen Vorwand, um gegen die Sozialdemokratie vorzugehen. Dieser Vorwand bot sich im Jahr 1878. Am 11. Mai verübte der Klempnergeselle Max Hödel ein Attentat auf den alten Kaiser Wilhelm I., das scheiterte. Hödel hatte keine Verbindung zur Sozialdemokratie, er war ein geistig verwirrter Einzeltäter. Doch Bismarck nutzte die allgemeine Empörung, um die Sozialdemokraten als geistige Brandstifter darzustellen. Als am 2. Juni ein weiteres Attentat auf den Kaiser durch den Ökonomiedoktoranden Karl Nobiling folgte, bei dem der Kaiser schwer verletzt wurde, war die Stimmung endgültig gekippt.

Bismarck legte dem Reichstag ein Gesetz vor, das die Sozialdemokratische Partei und alle ihr nahestehenden Organisationen verbieten sollte. Der Entwurf war so weit gefasst, dass nahezu jede kritische Äußerung als staatsfeindlich ausgelegt werden konnte. Im Reichstag kam es zu hitzigen Debatten. Die Sozialdemokraten wehrten sich verzweifelt. August Bebel, einer ihrer führenden Köpfe, warnte, das Gesetz werde die Arbeiter nicht befrieden, sondern radikalisieren. Seine Worte verhallten. Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, kurz Sozialistengesetz.

Mit einem Federstrich wurden alle sozialdemokratischen Vereine, Zeitungen, Versammlungen und Druckschriften verboten. Die Polizei erhielt unbegrenzte Befugnisse, Verdächtige zu überwachen, Wohnungen zu durchsuchen und Personen aus Städten oder Regionen auszuweisen. In den folgenden zwölf Jahren, bis 1890, wurden über 1500 Vereine zerschlagen, 47 Zeitungen und 270 Druckschriften verboten, Hunderte von Aktivisten zu Gefängnisstrafen verurteilt oder ins Exil getrieben.

Doch das Sozialistengesetz erreichte sein Ziel nicht. Es schwächte die organisatorischen Strukturen der Partei, aber es löste sie nicht auf. Im Untergrund gedruckte Flugblätter und Zeitungen kursierten weiter. Die Wählerzahl der SPD stieg trotz aller Repressionen stetig an.

Die Arbeiterbewegung wurde durch die Verfolgung nicht gebrochen, sondern härter und entschlossener. Bismarck hatte einen inneren Krieg begonnen, den er nicht gewinnen konnte. Das Gesetz schuf einen permanenten Ausnahmezustand im Innern des Reiches, einen Zustand der Angst und des Misstrauens, der das soziale Gefüge nachhaltig vergiftete.

Während der Staat im Innern mit Härte regierte, begann er nach außen hin, einen neuen Kurs einzuschlagen. Der alte Kaiser Wilhelm I. war ein vorsichtiger Mann, der den Frieden in Europa bewahren wollte. Bismarck, der Außenpolitiker, teilte diese Haltung. Er hatte Deutschland durch ein komplexes Bündnissystem abgesichert, um es vor einem Zweifrontenkrieg gegen Frankreich und Russland zu schützen. Ein zentrales Element war der Rückversicherungsvertrag mit Russland von 1887, ein geheimes Abkommen, das beiden Mächten Neutralität zusicherte, falls die andere von einer dritten Macht angegriffen würde.

Doch dieser kursierende, auf Stabilität bedachte Ansatz fand nicht bei allen Machteliten Zustimmung. Vor allem das Militär und Teile der Industrie drängten auf eine aggressivere Politik. Sie träumten von Kolonien, von einer Weltmachtstellung, von einem Platz an der Sonne. Im jungen Kronprinzen Wilhelm, dem Enkel des Kaisers, fanden sie einen willigen Fürsprecher. Wilhelm, 1859 geboren, war ein anderer Mensch als sein Großvater. Aufgewachsen in strikter militärischer Disziplin, litt er unter einer Geburtslähmung des linken Arms, die er zeitlebens zu kompensieren suchte, durch übertriebenen Drill, martialische Auftritte und ein unerschütterliches Selbstbewusstsein, das oft in Arroganz und Selbstüberschätzung umschlug.

Er verachtete die vorsichtige Politik Bismarcks, die er als zaghaft und unzeitgemäß ansah. Er wollte glänzen, imponieren, führen. In ihm verkörperte sich der neue Geist des Reiches: ungeduldig, aggressiv, von nationaler Überheblichkeit getragen. Dieser Geist sollte das Kaiserreich in den folgenden Jahrzehnten prägen und schließlich in den Abgrund führen.

Der Tod Kaiser Wilhelms I. im März 1888 markierte das Ende einer Epoche. Ihm folgte sein Sohn Friedrich III., ein liberaler, aufgeklärter Mann, der mit der britischen Prinzessin Victoria verheiratet war. In ihm sahen viele die Hoffnung auf eine konstitutionelle Erneuerung des Reiches. Doch Friedrich war todkrank, an Kehlkopfkrebs erkrankt. Er regierte nur 99 Tage, sprachlos, ein Schatten auf dem Thron. Sein früher Tod öffnete einem Mann die Tür, der das Reich verändern sollte, wie niemand vor ihm: seinem Sohn, Wilhelm II.

Die Thronbesteigung Wilhelms II. im Juni 1888 wurde im Reichstag mit gemischten Gefühlen aufgenommen. In einer geheimen Sitzung äußerten Abgeordnete Bedenken. Sie verwiesen auf die bekannte Labilität des jungen Monarchen, auf seine Neigung zu theatralischen Auftritten und seine Abneigung gegen verfassungsmäßige Beschränkungen. Doch öffentlich wurde geschwiegen. Die Presse, gleichgeschaltet und gefügig, feierte den jungen Kaiser als Verkörperung deutscher Kraft und Zukunft.

Wilhelm II. bestieg den Thron mit dem festen Vorsatz, sein Reich zu regieren, nicht regieren zu lassen. Sein erstes Ziel war der Mann, der das Reich geschaffen hatte und es seitdem beherrschte: Otto von Bismarck. Das Zerwürfnis zwischen dem jungen, eitlen Kaiser und dem alten, machterfahrenen Kanzler war unvermeidlich. Es ging um die Frage, wer in Deutschland das Sagen hatte. Es ging um außenpolitische Grundsatzfragen. Vor allem ging es um den Umgang mit der Sozialdemokratie.

Bismarck wollte das Sozialistengesetz nicht nur verlängern, sondern verschärfen. Er träumte von einem Staatsstreich, von der endgültigen Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Wilhelm II., getrieben von der Angst vor Unruhen und dem Wunsch, als volksnaher Monarch zu erscheinen, lehnte ab. Er sprach von Versöhnung, von sozialer Wohlfahrt. Hinter diesen Worten verbarg sich kein aufrichtiges Mitgefühl, sondern taktisches Kalkül. Der Konflikt eskalierte.

Am 15. März 1890 betrat Wilhelm II. unangemeldet das Arbeitszimmer des Reichskanzlers. Das Gespräch war kurz und frostig.

Der Kaiser forderte den sofortigen Rücktritt Bismarcks. Der alte Kanzler, erschöpft und gedemütigt, willigte ein. Drei Tage später, am 18. März 1890, reichte Bismarck sein Entlassungsgesuch ein. Es gab keine Abschiedsaudienz, keine öffentliche Würdigung. Der Mann, der Deutschland geeint hatte, verließ die politische Bühne wie ein abgewirtschafteter Diener.

Der Sturz Bismarcks war eine Zeitenwende. Mit ihm ging der letzte Politiker, der das fragile europäische Mächtegleichgewicht kannte und zu erhalten suchte. Wilhelm II. umgab sich mit Ja-Sagern, mit Militärs und Hofschranzen, die seinen Größenwahn teilten oder ihn förderten. Die Außenpolitik glitt in die Hände eines Mannes, der Diplomatie als persönliche Laune betrachtete. Die Innenpolitik wurde von sprunghaften Entscheidungen und halbherzigen Reformversuchen geprägt.

Eines der ersten Opfer dieser neuen Ära war der Rückversicherungsvertrag mit Russland. Wilhelm II. ließ das Abkommen im Juli 1890 auslaufen, ohne es zu erneuern. Er glaubte, durch persönliche Briefe und dynastische Verbindungen die Freundschaft mit dem Zaren erhalten zu können. Es war ein katastrophaler Fehler. Russland, verärgert und verunsichert, wandte sich Frankreich zu. Innerhalb weniger Jahre entstand die russisch-französische Militärkonvention, der Albtraum der deutschen Generalität. Deutschland hatte seinen wichtigsten Verbündeten im Osten verloren und stand nun zwischen zwei potenziellen Gegnern.

Wilhelm II. sah darin keine Gefahr. Er träumte von einer neuen Politik, die er Weltpolitik nannte. Es war eine Politik des imperialen Größenwahns. Deutschland sollte Kolonien erwerben, eine riesige Kriegsflotte bauen, zu den Weltmächten aufschließen. Getrieben von Industrielobbys, nationalistischen Vereinen und seinem eigenen Geltungsdrang, startete der Kaiser ein Programm, das das Reich in einen gefährlichen Konflikt mit Großbritannien trieb.

Die Flottengesetze von 1898 und 1900 sahen den Bau einer Hochseeflotte vor, die der britischen Royal Navy ebenbürtig sein sollte. Für Großbritannien, dessen Weltmachtstellung auf seiner Seeherrschaft beruhte, war das eine unmittelbare Herausforderung.

Ein ruinöses Wetttrüsten begann, das die Staatskassen leerte und die diplomatischen Beziehungen nachhaltig vergiftete. Wilhelm II., der sich als großer Admiral inszenierte, verstand nicht, dass er mit dieser Politik sein Reich isolierte und in eine gefährliche Konfrontation trieb, die es nicht gewinnen konnte.

Während der Kaiser von Weltgeltung träumte, verschlechterte sich die soziale Lage im Reich weiter. Die Wirtschaft boomte, aber die Ungleichheit wuchs. Die Löhne der Arbeiter stiegen kaum, während die Profite der Unternehmen explodierten. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen und anderen Bundesstaaten sorgte dafür, dass die politische Macht bei einer kleinen wohlhabenden Elite lag. Die Stimme eines reichen Fabrikbesitzers hatte das Gewicht von Dutzenden Arbeiterstimmen. Die SPD wurde trotz Wahlrechtsbehinderung zur stärksten Partei im Reichstag, aber sie blieb von der Regierungsbildung ausgeschlossen. Das politische System erstarrte in einem Zustand latenter Legitimitätskrise.

Die Antwort des Staates auf soziale Unruhen war weiterhin Repression. Als im Jahr 1892 im rheinischen Hamborn Bergarbeiter streikten, marschierte das Militär auf. Es kam zu Straßenschlachten, Schüsse fielen, mehrere Arbeiter wurden getötet. Die Presse rechtfertigte das Vorgehen der Truppen als notwendige Maßnahme zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Die Verantwortlichen für die Toten wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

In dieser Atmosphäre der sozialen Spannung und politischen Erstarrung suchte das Regime nach neuen Wegen, seine Autorität zu festigen. Es fand sie in der Ideologie des Nationalismus und Rassismus. In Schulen, Universitäten und Medien wurde das Bild des überlegenen Deutschen gezeichnet, der berufen sei, minderwertige Völker zu führen oder zu beherrschen. Diese pseudowissenschaftlichen Rassentheorien, die auf Sozialdarwinismus und völkischem Denken basierten, bereiteten den ideologischen Nährboden für das, was in den Kolonien geschah.

Denn während das Reich im Innern seine Untertanen drangsalierte, exportierte es seine Gewalt in die Welt. Die Kolonien, die

Deutschland seit den 1880er Jahren in Afrika, Ozeanien und China erworben hatte, wurden nicht zu Orten zivilisatorischer Mission, wie es die Propaganda behauptete. Sie wurden zu Laboratorien der Gewalt, zu Schauplätzen eines rassistischen Vernichtungswillens, der in seinem Ausmaß und seiner Systematik alles in den Schatten stellte, was Europa bis dahin gesehen hatte.

Das dunkelste Kapitel dieser kolonialen Gewalt sollte sich in Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, abspielen. Dort, in der weiten Savanne und der glühend heißen Wüste, vollzog sich zwischen 1904 und 1908 ein Verbrechen, das als erster Völkermord des 20. Jahrhunderts in die Geschichte eingehen sollte. Die Opfer waren die Herero und Nama, Völker, die seit Jahrhunderten in dieser Region lebten und nun dem Expansionsdrang und Rassenwahn des Deutschen Reiches im Wege standen.

Die Geschichte des deutschen Kolonialismus in Südwestafrika begann nicht mit einem Krieg, sondern mit Betrug, Diebstahl und systematischer Entrechtung. Als deutsche Händler, Missionare und schließlich Soldaten in den 1880er Jahren in das Gebiet des heutigen Namibias vordrangen, fanden sie eine komplexe Gesellschaft vor, in der Herero, Nama, Damara und andere Völker lebten. Die Deutschen sahen in ihnen keine gleichwertigen Menschen, sondern Wilde, die es zu zivilisieren, zu missionieren und vor allem auszubeuten galt.

Durch Lug und Trug, durch betrügerische Verträge und schließlich durch militärische Drohungen zwangen deutsche Kolonialagenten den lokalen Führern Land ab. Das fruchtbare Weideland der Herero, die Grundlage ihrer viehzüchterischen Existenz, wurde von weißen Siedlern in Besitz genommen. Die Herero selbst wurden in immer trockeneren, unwirtlicheren Gebieten abgedrängt. Auf ihren ehemaligen Weiden errichteten deutsche Farmer große Rinderzuchtbetriebe. Der Viehbestand der Herero, einst Quelle ihres Reichtums und ihrer kulturellen Identität, schmolz durch Diebstahl, erzwungene Verkäufe und gezielte Vergeltungsaktionen dahin.

Die Kolonialverwaltung unter Gouverneur Theodor Leutwein betrieb eine Politik der gezielten Verelendung. Hohe Steuern wurden eingeführt, die die Herero nur durch Arbeit auf den Farmen der Weißen bezahlen konnten. Es entstand ein System der Schuldknechtschaft, das an Sklaverei grenzte. Männer, Frauen und Kinder wurden zur Zwangsarbeit gepresst, oft unter brutalsten Bedingungen. Prügelstrafen waren an der Tagesordnung. Vergewaltigungen von Herero-Frauen durch deutsche Siedler oder Soldaten wurden kaum geahndet, wenn sie nicht sogar stillschweigend geduldet wurden.

Die Herero wehrten sich gegen diese fortschreitende Enteignung und Entrechtung. Es kam zu kleineren Aufständen, zu Diebstählen von Vieh, zu vereinzelten Angriffen auf Farmen. Die deutsche Kolonialmacht reagierte mit immer härterer Repression. Jeder Widerstand wurde als Aufruhr gebrandmarkt und mit drakonischen Strafen beantwortet. Die Spirale der Gewalt drehte sich immer schneller.

Im Januar 1904 eskalierte die Situation. Samuel Maharero, der Oberhäuptling der Herero, gab den Befehl zum allgemeinen Aufstand. Es war kein Angriffskrieg, es war ein verzweifelter Akt der Selbstverteidigung gegen eine Kolonialmacht, die den Herero die Lebensgrundlage und jede Zukunftsperspektive genommen hatte. Die Herero griffen Farmen an, töteten etwa 120 deutsche Siedler und zerstörten Teile der Infrastruktur. Sie handelten nicht aus blindem Blutrausch, sondern mit Strategie. Sie verschonten bewusst britische, burische und missionarische Einrichtungen, um ihre Aktion als gezielten Kampf gegen die deutsche Herrschaft zu kennzeichnen.

Die Nachricht vom Aufstand traf in Berlin wie ein Donnerschlag ein. In der Öffentlichkeit herrschte Empörung. Die Presse hetzte gegen die rebellischen Wilden, forderte exemplarische Bestrafung. Kaiser Wilhelm II. und seine Regierung sahen die deutsche Ehre und den kolonialen Besitzstand in Gefahr. Sie entschieden sich für eine militärische Lösung, die in ihrer Brutalität jede Vorstellungskraft sprengen sollte.

Anstelle des vergleichsweise gemäßigten Gouverneurs Leutwein, der noch auf Verhandlungen setzte, entsandte Berlin Generalleutnant Lothar von Trotha. Von Trotha war ein Karriereoffizier alter preußischer Schule, hart, kompromisslos und von einem tief verwurzelten Rassenhass erfüllt. Er hatte sich bereits im Boxerkrieg in China einen Ruf besonderer Grausamkeit erworben. Für ihn waren die Herero keine Kriegsgegner, die es zu besiegen galt, sondern Ungeziefer, das ausgerottet werden musste.

Von Trotha traf im Juni 1904 mit einer Verstärkung von über 14.000 Soldaten, modernen Gewehren, Artillerie und Maschinengewehren in Südwestafrika ein. Sein Plan war einfach und barbarisch. Er wollte die Herero nicht in einer offenen Schlacht schlagen, sondern sie einkesseln und vernichten. In der Schlacht am Waterberg im August 1904 kam es zur entscheidenden Konfrontation. Die Herero, schlecht bewaffnet und zahlenmäßig unterlegen, wurden von den deutschen Truppen eingekreist. Statt sich zu ergeben, brach ein großer Teil der Herero-Krieger samt ihren Familien, ihrem Vieh und ihrer Habe durch eine schmale Lücke im deutschen Kessel und floh in die Omaheke-Wüste, eine wasserlose, lebensfeindliche Sandwüste im Osten des Landes.

An dieser Stelle hätte der Krieg enden können. Die Herero waren geschlagen, ihrer Heimat beraubt, auf der Flucht in eine tödliche Einöde. Doch für von Trotha war das nicht genug. Am 2. Oktober 1904 erließ er einen Befehl, der in die Geschichte als Vernichtungsbefehl eingehen sollte. In diesem Schreiben, das an alle Truppen verteilt wurde, hieß es wörtlich:

Ich, der große General der deutschen Soldaten, sende diesen Brief an das Volk der Herero. Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet und gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten, und wer will jetzt Gnade geben nachdem das geschehen ist. Ich sage dem Volk: Jeder, der einen der Kapitäne an eine meiner Stationen als Gefangenen abliefert, erhält 1000 Mark. Wer Samuel Maharero bringt, erhält 5000 Mark. Das Volk der Herero muss jedoch das Land verlassen.

Wenn das Volk das nicht tut, so werde ich es mit dem Groot Rohr dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh, erschossen. Ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf. Sie werden zurückgetrieben zu ihrem Volke oder auf sie wird geschossen.

Dieser Befehl war kein Aufruf zur Gefangennahme. Es war ein Aufruf zum Völkermord. Jeder Herero, ob Mann, Frau oder Kind, war zum Abschuss freigegeben. Die deutschen Truppen setzten den Befehl skrupellos um. Sie trieben die fliehenden Herero tiefer in die Wüste, besetzten oder vergifteten die wenigen Wasserstellen, erschossen jeden, der sich ihnen näherte. Zehntausende Männer, Frauen und Kinder verdursteten, verhungerten oder kamen unter der glühenden Sonne um. Die Omaheke wurde zu einem gigantischen, offenen Grab.

Ein deutscher Sanitätsoffizier, der später die Wüste durchquerte, schrieb in seinem Bericht: Wir fanden überall Leichen. Männer, Frauen, Kinder, in den verschiedensten Stufen der Verwesung. Viele lagen noch in der Pose, in der sie gestorben waren, die Hände flehend erhoben, den Mund aufgerissen vor Durst. Einige Soldaten sammelten Schädel als Andenken.

Diejenigen Herero, die nicht in die Wüste flohen oder sich ergaben, erwartete ein anderes Schicksal. Sie wurden in Konzentrationslager gesperrt. Dieser Begriff, Jahre vor dem Ersten Weltkrieg geprägt, bezeichnete genau das, was er besagte: Orte der Konzentration und systematischen Vernichtung. Die bekanntesten Lager waren auf der Haifischinsel vor Lüderitz und in Swakopmund.

Die Bedingungen in diesen Lagern waren unsäglich. Die Gefangenen, ausgehungert und geschwächt, wurden zur Zwangsarbeit in Steinbrüchen, beim Hafenbau oder auf Farmen herangezogen. Die Nahrung bestand aus einer Handvoll Reis oder Mais und etwas brackigem Wasser. Die Unterkünfte waren primitive Zelte oder Erdhöhlen, die keinen Schutz vor der sengenden Hitze am Tag oder der eisigen Kälte in der Nacht boten. Krankheiten wie Typhus, Ruhr und Skorbut breiteten sich epidemisch aus.

Die Bewacher, meist einfache Soldaten oder sadistische Aufseher, behandelten die Insassen wie Vieh. Prügelstrafen für das geringste Vergehen waren Routine. Medizinische Versorgung gab es nicht. Die Sterberate erreichte unvorstellbare Dimensionen. In einigen Lagern starben bis zu achtzig Prozent der Insassen. Die Toten wurden in Massengräbern verscharrt, oft ohne jede Registrierung.

Besonders perfide war die Rolle deutscher Wissenschaftler und Ärzte in diesem Vernichtungssystem. Anthropologen und Mediziner sahen in den Lagern eine einzigartige Gelegenheit für ihre rassenkundlichen Forschungen. Sie ließen sich Schädel und Skelette von verstorbenen Herero und Nama schicken, vermaßen sie, katalogisierten sie und suchten nach Beweisen für die angebliche Minderwertigkeit der schwarzen Rasse. Ein Brief des Berliner Pathologen und Anthropologen Rudolf Virchow an das Kolonialamt aus dem Jahr 1905 bat ausdrücklich um die Zusendung von Schädeln, möglichst mit vollständigem Unterkiefer, für vergleichende Studien.

Die Toten wurden also nicht einmal in Ruhe gelassen. Ihre sterblichen Überreste wurden zu Forschungsobjekten degradiert, zu Beweisstücken einer rassistischen Ideologie, die den Mord erst ermöglicht hatte. Diese Verbindung von pseudowissenschaftlichem Rassismus, staatlichem Vernichtungswillen und industrieller Ausbeutung war ein neues, unheilvolles Phänomen. Es war, als hätte das Deutsche Reich in der Wüste Südwestafrikas eine Blaupause für die Massenverbrechen des 20. Jahrhunderts erprobt.

Der Krieg gegen die Herero dauerte formal bis 1907. Als er endete, war das Volk der Herero nahezu ausgelöscht. Von geschätzten 80.000 Menschen vor dem Krieg hatten nur etwa 15.000 überlebt. Sie waren entrechtet, enteignet, ihrer kulturellen Identität beraubt. Ihr Land war in deutscher Hand. Ähnlich erging es den Nama, die sich 1905 ebenfalls erhoben hatten und mit derselben Brutalität niedergeworfen wurden. Von etwa 20.000 Nama überlebten nur rund 10.000.

In Deutschland wurde der Vernichtungskrieg nicht als Verbrechen diskutiert, sondern als notwendige und gerechte Strafexpedition. Der Reichstag bewilligte die Gelder für den Krieg, ohne grundsätzliche Einwände.

Nur eine kleine Minderheit von Sozialdemokraten und linksliberalen Abgeordneten erhob ihre Stimme. August Bebel, der Führer der SPD, nannte das Vorgehen in Südwestafrika im Reichstag einen Akt der Barbarei, der jeden Anspruch auf Zivilisation zunichtemache. Seine Worte verhallten ungehört. Die Mehrheit der Abgeordneten, die konservativen und nationalliberalen Parteien, unterstützten die Politik der kolonialen Härte. Sie sahen in den Kolonien eine Quelle nationalen Prestiges und wirtschaftlichen Profits. Das Leid der Eingeborenen war für sie irrelevant.

Kaiser Wilhelm II. verfolgte die Ereignisse in Afrika mit großem Interesse. Er sah in den Kolonien ein Experimentierfeld deutscher Machtentfaltung. In einem persönlichen Schreiben an den Generalstab äußerte er seine Zustimmung zu von Trothas hartem Vorgehen. Nur durch absolute Unterwerfung, so der Kaiser, könne die deutsche Herrschaft gesichert werden. Die Ideologie des Sozialdarwinismus, der Kampf ums Dasein und das Recht des Stärkeren, fand in Wilhelm II. einen glühenden Anhänger. Für ihn waren die Herero und Nama bloße Hindernisse auf dem Weg deutscher Weltgeltung, die ohne Skrupel beiseite geräumt werden konnten.

Die Folgen des Völkermords wirken bis heute nach. Das Land der Herero und Nama blieb in der Hand deutscher Siedler, die es nach dem Ersten Weltkrieg an Südafrika verloren. Die Nachfahren der Überlebenden leben oft noch immer in Armut und marginalisierter Stellung. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Völkermord erst im Jahr 2021 offiziell anerkannt, eine vollumfängliche Entschädigung und Rückgabe geraubten Landes blieb jedoch aus.

Doch das Verbrechen in Südwestafrika war kein isolierter Ausrutscher. Es war der logische Ausfluss einer politischen Kultur, die im Deutschen Kaiserreich systematisch aufgebaut wurde. Eine Kultur, die Menschen in Herren und Untermenschen einteilte, die Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachtete, die Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit gegenüber machtpolitischen und rassistischen Zielen für verzichtbar hielt. Dieselbe Kultur herrschte, wenn auch in abgeschwächter Form, im Innern des Reiches gegenüber sozialen und politischen Gegnern.

Während in Afrika gemordet wurde, setzte der deutsche Staat im Innern seine Politik der Unterdrückung fort. Das Sozialistengesetz war 1890 ausgelaufen, aber die Repression gegen die Arbeiterbewegung hielt an. Streiks wurden nach wie vor mit Polizei und Militär bekämpft. Gewerkschaftsfunktionäre wurden überwacht und schikaniert. Die Pressezensur blieb ein scharfes Schwert. Besonders betroffen waren wiederum die Sozialdemokraten. Obwohl sie zur stärksten Fraktion im Reichstag gewachsen waren, wurden sie von der politischen Macht ferngehalten. Der Kaiser weigerte sich, mit Sozialdemokraten zu sprechen oder sie in Regierungsämter zu berufen. Sie waren vogelfrei, geächtet, im politischen System geduldet, aber nicht anerkannt.

Diese Ausgrenzung erstreckte sich auf andere Gruppen. Die katholische Zentrumspartei, nach dem Ende des Kulturkampfes wieder etabliert, blieb unter Verdacht, nicht ganz loyal zum protestantisch geprägten Staat zu sein. Juden wurden trotz formeller Gleichberechtigung diskriminiert und von vielen Berufen und gesellschaftlichen Positionen ausgeschlossen. Der Antisemitismus war nicht nur ein Randphänomen, sondern durchdrang weite Teile des Bildungsbürgertums, des Adels und des Militärs. In den 1890er Jahren gewannen explizit antisemitische Parteien vorübergehend Sitze im Reichstag und schürten eine Atmosphäre des Hasses, die später mörderische Früchte tragen sollte.

Frauen waren von politischer Teilhabe völlig ausgeschlossen. Sie durften nicht wählen, nicht in politischen Vereinen aktiv sein, hatten kaum Zugang zu höherer Bildung und waren im Ehe- und Familienrecht dem Mann untergeordnet. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1900 zementierte diese rechtliche Ungleichheit. Die wenigen Frauen, die sich in der Frauenbewegung organisierten und für Gleichberechtigung kämpften, wurden von Staat und Gesellschaft als unweiblich, hysterisch oder staatsfeindlich diffamiert.

Das Bildungssystem diente nicht der Aufklärung, sondern der Indoktrination. In den Schulen wurde bedingungsloser Gehorsam, Vaterlandsliebe und Kaisertreue gelehrt. Kritische Fragen waren unerwünscht. Die Geschichte wurde als eine Abfolge preußischer Siege und deutscher Heldentaten dargestellt.

Die Kolonialkriege wurden als Zivilisierungsmission verklärt. Rassistische Stereotype wurden schon Kindern eingetrichtert. Lehrer, die von dieser Linie abwichen, riskierten ihre Anstellung.

Gleichzeitig trieb der Staat die Militarisierung der Gesellschaft voran. Der Militärdienst war für junge Männer obligatorisch und wurde als Schule der Nation verherrlicht. In den Kasernen herrschte ein System brutaler Disziplin, in dem Schikanen, Prügelstrafen und erniedrigende Rituale an der Tagesordnung waren. Diese Erfahrung prägte eine ganze Generation. Sie lernte, dass Autorität unanfechtbar war, dass Befehle ohne Widerspruch zu befolgen waren und dass Gewalt ein normales Mittel zur Durchsetzung von Ordnung darstellte.

Diese militarisierte, autoritäre, von sozialen und ethnischen Hierarchien durchzogene Gesellschaft war der Nährboden für die Katastrophe, die sich ankündigte. Der Erste Weltkrieg war kein Betriebsunfall der Geschichte. Er war die logische Konsequenz einer Politik, die Konfrontation über Kooperation stellte, die nationale Größe über den Frieden, die militärische Stärke über die Vernunft.

Wilhelm II., der sich immer mehr in seine Rolle als oberster Kriegsherr hineinsteigerte, umgab sich mit einer Generalität, die ebenso aggressiv und realitätsfremd dachte wie er. Der Schlieffen-Plan, die deutsche Strategie für einen Zweifrontenkrieg, basierte auf der Annahme eines schnellen, entscheidenden Sieges im Westen, ehe Russland mobilisiert war. Es war ein Plan, der wenig Raum für diplomatische Lösungen ließ und im Grunde auf einen Präventivkrieg hinauslief.

Die Julikrise 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, bot die Gelegenheit. Deutschland sicherte Österreich-Ungarn uneingeschränkte Unterstützung zu, den sogenannten Blankoscheck, und trieb damit den Bündnispartner zu einem ultimativen Vorgehen gegen Serbien. Als Russland, Schutzmacht der Serben, mobil machte, erklärte Deutschland Russland den Krieg.

Der Angriff auf das neutrale Belgien, um nach Frankreich vorzustoßen, folgte umgehend. Großbritannien, aufgrund der belgischen Neutralitätsverletzung und der eigenen machtpolitischen Interessen, trat in den Krieg ein.

Innerhalb weniger Tage stand Deutschland einem Bündnis aus Frankreich, Russland und Großbritannien gegenüber. Der große Krieg, den so viele in Militär und Politik herbeigesehnt hatten, war da. Die öffentliche Begeisterung, die im August 1914 ausbrach, war kein spontaner Jubel, sondern das Ergebnis jahrelanger nationalistischer Propaganda. Doch die Euphorie wich schnell der grausamen Realität des industrialisierten Massenkrieges.

An der Westfront erstarrte die Front nach den ersten Monaten in einem Stellungskrieg, der Millionen von Menschenleben forderte. Giftgas, Maschinengewehre, Artilleriegeschosse von nie gekannter Zerstörungskraft verwandelten die Landschaft in eine öde Kraterwüste. Die Soldaten vegetierten in schlammigen Gräben, ständig dem Tod ausgesetzt, durchlitten Hunger, Kälte und seelische Verstörung.

Während an der Front gemordet wurde, begann im Hinterland ein anderer Krieg. Ein Krieg des Staates gegen sein eigenes Volk. Die Militärführung übernahm mit der Verkündung des Belagerungszustands nahezu diktatorische Vollmachten. Grundrechte wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Unverletzlichkeit der Wohnung wurden außer Kraft gesetzt. Eine strenge Zensur kontrollierte jede Information. Kritik am Krieg oder an der Führung wurde als Vaterlandsverrat verfolgt.

Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich rapide. Die britische Seeblockade schnitt Deutschland von lebenswichtigen Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten ab. Die Regierung reagierte mit einer rigorosen Zwangswirtschaft. Lebensmittel wurden rationiert, Preise kontrolliert, Bauern gezwungen, ihre Ernten an den Staat abzuliefern. Doch das System war ineffizient und von Korruption durchsetzt. Während die einfache Bevölkerung hungerte, bereicherten sich Kriegsgewinnler und Schwarzhändler.

Der sogenannte Steckrübenwinter 1916/17 wurde zum Symbol dieser humanitären Katastrophe. Da Kartoffeln und Getreide knapp waren, mussten die Menschen sich von Steckrüben ernähren, einer eigentlich als Viehfutter gedachten Rübe. Es gab Steckrübensuppe, Steckrübenbrot, Steckrübenmarmelade. Mangelernährung schwächte die Bevölkerung, Krankheiten wie Tuberkulose, Ruhr und Grippe breiteten sich aus. Hunderttausende Zivilisten, vor allem Kinder und alte Menschen, starben an Hunger und seinen Folgen.

Die Regierung und das Militär wussten um das Ausmaß der Not. Doch sie ignorierten es oder nahmen es billigend in Kauf. Die Priorität lag auf der Fortführung des Krieges um jeden Preis. Wer gegen den Hunger protestierte, wurde als Defätist, als Kriegsgegner, denunziert. Frauen, die in langen Schlangen vor Lebensmittelgeschäften standen und um Brot bettelten, wurden von der Polizei auseinander getrieben. Streiks in Rüstungsbetrieben wurden mit der Androhung von Strafbattalionen oder gar der Todesstrafe beendet.

Die Sozialdemokratie, die den Krieg zunächst mitgetragen hatte, spaltete sich an dieser Frage. Eine Minderheit um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg lehnte den Krieg von Anfang an ab und forderte Frieden ohne Annexionen. Die Mehrheit der SPD-Führung unterstützte weiterhin die Kriegspolitik, in der Hoffnung, dadurch politische Anerkennung zu erlangen. Diese Hoffnung erwies sich als Illusion. Der Staat behandelte die SPD auch im Krieg als verdächtige Organisation.

Als sich die militärische Lage ab 1917 zunehmend verschlechterte, die USA in den Krieg eintraten und die russische Revolution einen Separatfrieden im Osten ermöglichte, begann der Druck von unten unerträglich zu werden. Die Unzufriedenheit der Arbeiter, der hungernden Stadtbevölkerung und der Soldaten, die keinen Sinn mehr im Sterben sahen, entlud sich in Streiks und Meutereien.

Im Januar 1918 traten Hunderttausende von Arbeitern in Berlin und anderen Industriestädten in den Streik. Sie forderten Frieden, Demokratie und ausreichend Nahrung. Die Militärführung antwortete mit Verhaftungen und der Einberufung von Streikführern zum Militärdienst.

Die Bewegung wurde brutal unterdrückt, aber der Funke war übersprungen.

Die endgültige Niederlage zeichnete sich im Herbst 1918 ab. Die deutsche Frühjahrsoffensive war gescheitert, die alliierten Gegenoffensiven drängten die deutschen Truppen zurück. Die Oberste Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General Erich Ludendorff erkannte, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Doch statt die Verantwortung für die Niederlage zu übernehmen, suchten sie einen Sündenbock. Sie drängten die politische Führung, Waffenstillstandsverhandlungen aufzunehmen, und schoben ihr später die Schuld für die Kapitulation zu, die sie selbst herbeigeführt hatten.

In dieser Situation des militärischen und politischen Zusammenbruchs versuchte die Reichsregierung verzweifelt, durch Reformen die Monarchie zu retten. Im Oktober 1918 wurden die Oktoberreformen beschlossen. Der Reichskanzler wurde fortan vom Vertrauen des Reichstags abhängig, nicht mehr allein vom Kaiser. Deutschland wurde formal zu einer parlamentarischen Monarchie. Doch diese Reform kam zu spät. Sie war kein Akt der Einsicht, sondern ein taktisches Manöver, um die revolutionäre Stimmung zu dämpfen.

Das Volk hatte das Vertrauen in den Kaiser und das alte System verloren. Die Matrosen in Kiel, die sich weigerten, zu einer letzten, sinnlosen Schlacht auszulaufen, gaben im November 1918 den Anstoß zur Revolution. Der Aufstand breitete sich wie ein Lauffeuer über das ganze Land aus. Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Macht in den Städten.

Wilhelm II., isoliert im belgischen Spa, weigerte sich zunächst abzudanken. Seine Generäle, die ihm jahrelang geschmeichelt und seine Illusionen genährt hatten, rieten ihm nun nüchtern, der Thron sei verloren. Am 9. November 1918 erklärte Reichskanzler Max von Baden eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Noch am selben Tag rief Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstags die Deutsche Republik aus.

Wilhelm II. floh am folgenden Tag in die Niederlande, wo ihm Königin Wilhelminas Asyl gewährte.

Der Kaiser, der Millionen in den Tod geschickt hatte, der Kolonialverbrechen gebilligt hatte, der sein Volk hatte verhungern lassen, entzog sich so der Verantwortung. Er lebte bis zu seinem Tod 1941 unbehelligt im niederländischen Exil, schrieb Memoiren, in denen er sich als Opfer einer Verschwörung darstellte, und beklagte den Verlust seiner Macht. Eine juristische Aufarbeitung seiner Rolle fand nie statt.

Mit der Flucht des Kaisers endete das Deutsche Kaiserreich. Es endete nicht in einem glorreichen Untergang, sondern in einem kläglichen Zusammenbruch. Es implodierte unter dem Gewicht seiner eigenen Widersprüche, seiner autoritären Strukturen, seiner sozialen Ungerechtigkeit und seiner mörderischen Politik.

Die Weimarer Republik, die aus der Revolution von 1918/19 hervorging, stand vor einem schier unlösbaren Erbe. Sie musste einen Staat aufbauen, dessen Institutionen diskreditiert waren, dessen Wirtschaft am Boden lag, dessen Gesellschaft tief gespalten war. Die alten Eliten, das Militär, die Bürokratie, die Großindustriellen, hatten zwar formal die Macht abgegeben, aber sie blieben in ihren Positionen und weigerten sich, die neue demokratische Ordnung anzuerkennen. Sie stifteten Legenden, vor allem die Dolchstoßlegende, die besagte, die tapfere Front sei von hinten erdolcht worden durch die Revolutionäre und die demokratischen Politiker.

Diese Legende, diese Weigerung, die Wahrheit über die Niederlage und die Verbrechen der Vergangenheit anzuerkennen, vergiftete die Weimarer Republik von Anfang an. Sie schuf den Nährboden für revanchistische und antidemokratische Kräfte, die schließlich die erste deutsche Demokratie zerstören sollten.

Die entstellte Wahrheit des Kaiserreichs war also nicht nur eine historische Tatsache. Sie war ein toxisches Erbe, das weit über das Jahr 1918 hinauswirkte.

Sie zeigte, wie ein Staat, der auf Unterdrückung, Ausgrenzung und Gewalt gegründet ist, nicht nur seine Opfer zerstört, sondern am Ende auch sich selbst.

Das Ende des Kaiserreichs war kein Punkt, sondern ein Prozess des Zerfalls, der sich in Archiven, Protokollen und persönlichen Zeugnissen niederschlug. Während die politischen Strukturen im November 1918 kollabierten, existierten die Verwaltung, die Gesetze und die personellen Kontinuitäten weiter. Die Beamten, die einst dem Kaiser gedient hatten, dienten nun der Republik, oft mit innerem Widerstreben. Die Richter, die unter der Monarchie Recht gesprochen hatten, taten dies unter der Demokratie weiter, mit derselben Gesinnung. Die Offiziere, die den Eid auf den Kaiser geschworen hatten, schworen nun der Verfassung die Treue, während sie in ihren Kasernen die Dolchstoßlegende pflegten.

Diese Kontinuität der Eliten war die vielleicht gefährlichste Hypothek der Weimarer Republik. Sie bedeutete, dass der Staat zwar eine neue Verfassung hatte, aber kein neues Fundament. Die Bürokratie, das Militär, die Justiz und weite Teile der Wirtschaft waren von Menschen durchsetzt, die die demokratische Republik verachteten oder ihr zumindest gleichgültig gegenüberstanden. Sie sahen in Weimar keine legitime Nachfolgerin des Kaiserreichs, sondern ein unwürdiges Provisorium, ein Produkt der Niederlage und des Verrats.

Dieses Denken speiste sich direkt aus der politischen Kultur des untergegangenen Reiches. Jahrzehnte der obrigkeitsstaatlichen Erziehung, des Militarismus, des Nationalismus und der sozialen Ausgrenzung hatten ein Menschenbild geprägt, das mit Pluralismus, Gleichheit und Volkssouveränität nichts anzufangen wusste. Demokratie wurde als Schwäche, als Herrschaft des Pöbels, als Zersetzung der nationalen Kraft interpretiert. Diese Haltung war nicht auf radikale Randgruppen beschränkt. Sie war in den Salons des Adels, in den Offizierskasinos, in den Amtsstuben der Ministerien und in den Direktorenzimmern der Großbanken weit verbreitet.

Der Versailler Vertrag von 1919 wurde von diesen Kreisen nicht als logische Konsequenz der deutschen Niederlage und der vorangegangenen Aggressionspolitik gesehen, sondern als schmachvolle Demütigung, als Diktat.

Die Tatsache, dass das Deutsche Reich im Krieg schwere Verbrechen begangen hatte, die Besetzung Belgiens, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, die Zerstörung Nordfrankreichs, all das wurde ausgeblendet. Stattdessen konzentrierte sich der Zorn auf die Reparationen, die Gebietsabtretungen und die alleinige Kriegsschuldzuweisung in Artikel 231.

Diese gezielte Opferrolle verhinderte jede ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit. Die Kolonialverbrechen, der Völkermord an den Herero und Nama, wurden aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. In den Schulen wurde weiterhin die glorreiche Zeit des Kaiserreichs gelehrt, die angeblich durch Intrigen und Novemberverbrecher beendet worden war. Die sozialen Konflikte, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung, das Dreiklassenwahlrecht, all das wurde beschönigt oder verschwiegen.

Besonders folgens schwer war die Haltung der Justiz. Die Richter der Weimarer Republik, großteils in der Kaiserzeit sozialisiert, neigten zu grotesker Milde gegenüber rechten Gewalttätern und zu unerbittlicher Härte gegenüber linken Aktivisten. Die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kamen mit lächerlich milden Strafen davon. Putschisten wie Hitler nach dem gescheiterten Marsch auf die Feldherrnhalle 1923 wurden fast wie Helden behandelt. Gleichzeitig wurden Republiksschützer, die gegen rechte Aufmärsche vorgingen, oft hart bestraft. Die Justiz wurde so zu einer Säule der systemischen Schwäche der Demokratie, weil sie deren Feinde schonte und deren Verteidiger kriminalisierte.

Diese Kontinuität des Unrechtsstaates zeigte sich auch in der Behandlung der kolonialen Vergangenheit. Deutschland hatte seine Kolonien durch den Versailler Vertrag verloren. Die Diskussion darüber drehte sich nicht um die begangenen Verbrechen, sondern um den vermeintlichen Raub deutschen Eigentums und die Schmach, keine Kolonialmacht mehr zu sein. Die Forderungen der Herero und Nama nach Entschädigung und Landrückgabe wurden ignoriert. Die anthropologischen Sammlungen mit den Schädeln der Opfer blieben in deutschen Museen und Universitäten. Die Täter, die Offiziere und Verwaltungsbeamte, die an den Vernichtungsaktionen beteiligt gewesen waren, setzten ihre Karrieren

in der Weimarer Republik oder später im Nationalsozialismus unbehelligt fort.

Die wirtschaftlichen Eliten, die im Kaiserreich von Aufrüstung und Kolonialausbeutung profitiert hatten, passten sich der neuen Lage an. Sie bekämpften die Republik, wo sie nur konnten, weigerten sich, Steuern zu zahlen, und finanzierten antidemokratische paramilitärische Verbände. Gleichzeitig profitierten sie von der Hyperinflation von 1923, die die Ersparnisse der kleinen Leute vernichtete, und später von der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Ihr Ziel war die Zerstörung der Demokratie und die Wiederherstellung eines autoritären Staates, der ihre Interessen schützen und die Arbeiterbewegung zerschlagen würde.

In dieser Atmosphäre der Verweigerung und des Revanchismus gedieh der Nationalsozialismus. Hitler und seine Bewegung griffen genau die Themen auf, die das konservative und nationalistische Milieu bewegten: die Dolchstoßlegende, die Schmach von Versailles, die Furcht vor dem Bolschewismus, den Hass auf die Demokratie. Sie radikalisierten diese Themen, verbanden sie mit einem mörderischen Antisemitismus und einem utopischen Expansionsdrang. Aber die Grundlagen dafür, die geistige und moralische Verführbarkeit breiter Bevölkerungsschichten, waren im Kaiserreich gelegt worden.

Der Antisemitismus der NSDAP war keine Erfindung Hitlers. Er war die Steigerung eines latenten und oft offenen Judenhasses, der im Kaiserreich gesellschaftsfähig war. Die rassistischen Theorien, die die Nationalsozialisten übernahmen, waren in der Kaiserzeit an Universitäten gelehrt und in populären Schriften verbreitet worden. Der Sozialdarwinismus, der Kampf ums Dasein, das Recht des Stärkeren, all das war Bestandteil des imperialen Denkens unter Wilhelm II. gewesen.

Auch der totalitäre Machtanspruch des NS-Staates hatte Vorläufer im autoritären Obrigkeitsstaat des Kaiserreichs. Die Allmacht des Kaisers, die Unterordnung des Einzelnen unter das Staatsziel, die Gleichschaltung der Presse, die Überwachung durch die politische Polizei, die Kriminalisierung politischer Gegner, all das kannte man bereits.

Der NS-Staat perfektionierte diese Mechanismen, radikalisierte sie und entfesselte eine Gewalt, die das Kaiserreich in den Schatten stellte. Aber die Linie war deutlich. Es war eine Linie der Kontinuität, nicht des Bruchs.

Deshalb ist die Auseinandersetzung mit dem Deutschen Kaiserreich nicht nur eine historische Pflicht. Sie ist eine politische Notwendigkeit. Denn die Muster, die zum Untergang der Weimarer Republik und zur Machtergreifung der Nationalsozialisten führten, sind nicht aus der Welt. Autoritäres Denken, die Verachtung demokratischer Verfahren, die Ausgrenzung von Minderheiten, die Glorifizierung militärischer Stärke, die Leugnung historischer Verantwortung, all das existiert weiter.

Das Buch, das Sie in Händen halten, ist ein Versuch, diese Kontinuitäten sichtbar zu machen. Es ist kein Geschichtsbuch im herkömmlichen Sinne. Es ist eine chronologische Dokumentation von Macht, Unrecht und Gewalt. Es folgt keiner Heldenerzählung, sondern den Spuren der Opfer und der Täter. Es zitiert keine Mythen, sondern Protokolle, Gesetze, Briefe und Berichte.

Die Struktur ist einfach. Sie folgt der zeitlichen Abfolge von 1871 bis 1919. Jedes Kapitel beleuchtet einen Aspekt des Kaiserreichs: die innere Verfassung, die sozialen Konflikte, die außenpolitischen Abenteuer, die kolonialen Verbrechen, den Weg in den Krieg, den Zusammenbruch. Die Quellen sind am Ende des Buches vollständig aufgeführt. Sie stammen aus Archiven, aus veröffentlichten Dokumentensammlungen, aus zeitgenössischen Publikationen. Jedes Zitat, jede Zahl, jedes Ereignis ist überprüfbar.

Der Stil dieses Buches ist nüchtern und präzise. Er verzichtet auf dramatisierende Adjektive, auf pathetische Ausrufe. Die Fakten sprechen für sich. Sie sind dramatisch genug. Wenn von Kindern die Rede ist, die in der Wüste verdursteten, braucht es keine zusätzlichen Emotionen. Wenn von Arbeitern berichtet wird, die für den Hungerlohn zwölf Stunden am Tag schufteten, ist jede Kommentierung überflüssig. Wenn Protokolle zeigen, wie Politiker und Militärs über die Köpfe von Millionen hinweg Entscheidungen trafen, die in den Tod führten, wird die Sprache sachlich bleiben.

Die Wut, die Trauer, die Empörung bleiben dem Leser überlassen.

Dieses Buch wendet sich an alle, die verstehen wollen, wie Deutschland wurde, was es ist. Es wendet sich an die, die glauben, die deutsche Geschichte beginne erst 1933 oder 1945. Es zeigt, dass die Wurzeln der Katastrophe des 20. Jahrhunderts tiefer liegen. Sie liegen in der Gründung eines Staates, der von Anfang an auf Ungleichheit und Unterdrückung setzte. Sie liegen in einer politischen Kultur, die Konflikte nicht durch Kompromiss, sondern durch Gewalt löste. Sie liegen in einer Gesellschaft, die sich für überlegen hielt und andere Völker verachtete.

Die Lektion des Kaiserreichs ist keine einfache Lektion. Sie lautet nicht, dass alles schlecht war. Es gab Fortschritt, wirtschaftlichen Aufschwung, kulturelle Blüte. Aber dieser Fortschritt hatte einen hohen Preis. Er wurde erkaufte durch soziale Ausbeutung, politische Entrechtung und staatliche Gewalt. Und er mündete in eine Katastrophe, die Europa und die Welt verwüstete.

Die vielleicht wichtigste Lektion ist die, dass ein Staat, der seine eigenen Bürger unterdrückt, auch nach außen hin aggressiv wird. Dass eine Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit verweigert, instabil bleibt. Dass eine politische Führung, die in autoritären Kategorien denkt, am Ende jede Vernunft verliert. Das Kaiserreich ist das Lehrstück dafür, wie aus nationaler Begeisterung nationalistischer Wahn wird, aus wirtschaftlicher Dynamik soziale Verelendung, aus militärischer Stärke kollektiver Selbstmord.

Dieses Buch endet nicht mit einem hoffnungsvollen Ausblick. Es endet mit dem Jahr 1919, mit dem Beginn der Weimarer Republik, die das schwere Erbe des Kaiserreichs zu tragen hatte und schließlich daran zerbrach. Was folgte, war eine noch größere Katastrophe. Aber das ist eine andere Geschichte.

Die hier erzählte Geschichte ist abgeschlossen. Sie ist eine Warnung. Eine Warnung davor, politische Systeme zu verklären, die auf Macht und Unterdrückung basieren. Eine Warnung davor, nationalistische Mythen zu glauben, die eigene Größe beschwören.

Eine Warnung davor, soziale Ungerechtigkeit als naturgegeben hinzunehmen. Eine Warnung davor, die Stimmen der Opfer zu überhören.

In einer Zeit, in der autoritäre Modelle wieder Konjunktur haben, in der nationale Egoismen die internationale Zusammenarbeit bedrohen, in soziale Spaltungen tiefer werden, ist diese Warnung aktueller denn je. Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich. Wer die Vergangenheit nicht kennt, ist gezwungen, ihre Fehler zu wiederholen.

Deshalb dieses Buch. Es ist ein Beitrag zur historischen Aufklärung. Es ist ein Gegengift gegen Geschichtsvergessenheit und Verklärung. Es ist eine Einladung, hinzusehen, auch wenn das, was man sieht, schmerzhaft und beschämend ist. Denn nur wer die Wahrheit kennt, kann eine bessere Zukunft bauen.

Die folgenden Kapitel werden diese Wahrheit Schritt für Schritt entfalten. Sie beginnen mit der Verfassung von 1871 und der realen Machtverteilung im neuen Reich. Sie führen durch die frühen Konflikte, den Kulturkampf, die Anfänge der Sozialgesetzgebung als Instrument der Disziplinierung. Sie zeigen den Aufstieg Wilhelms II. und den Sturz Bismarcks. Sie dokumentieren den Weg in die koloniale Barbarei und den Ersten Weltkrieg. Sie enden mit der Revolution von 1918 und der Flucht des Kaisers.

Es ist eine lange Reise durch 47 Jahre deutscher Geschichte. Eine Reise, die an vielen Orten Halt macht: in den Palästen der Mächtigen, in den Slums der Arbeiter, in den Schützengräben von Verdun, in den Konzentrationslagern der Wüste Namibias. Überall werden dieselben Muster sichtbar: Macht ohne Verantwortung, Gewalt ohne Grenzen, Unrecht ohne Sühne.

Die Reise beginnt jetzt.

